

**BU Nr. 040/2023****Zukunft der Ärzteversorgung in Weinstadt**
- Ergebnis der Untersuchung und
- weiteres Vorgehen

Gremium	am	
Gemeinderat	25.05.2023	öffentlich

Beschlussvorschlag:
Kenntnisnahme.**Haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:**

Kosten:	es fallen keine Kosten an.
Ansatz Haushaltsplan laufendes Jahr:	-
Haushaltsplan Seite:	-
Produkt:	-
Maßnahme (nur investiver Bereich):	-
Produktsachkonto:	-
Überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen:	Nein
Außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen:	Nein
Deckungsvorschlag: (wenn über-, außerplanmäßig)	-

Bezug zum Kursbuch Weinstadt 2030:
Es besteht kein Bezug.**Verfasser:**
27.02.2023/ Liegenschaftsamt/ Heinisch**Mitzeichnung:**

Fachbereich	Person	Datum	Ergebnis
Oberbürgermeister	Scharmann, Michael, Oberbürgermeister	05.05.2023	Zustimmung
Liegenschaftsamt	Heinisch, Karlheinz	27.02.2023	Zustimmung

Sachverhalt:

Am 21.07.2022 hat der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, zusammen mit dem Büro Dostal & Partner Modelle zur Sicherung der wohnortnahen ärztlichen Versorgung zu finden. Ausgangspunkt war die Tatsache, dass sich viele Ärzte der Altersgrenze nähern und die Übergabe an Nachfolger anspruchsvoll ist. Ursächlich ist der Ärztemangel und das Zögern vieler Jungärzte sich im vorherrschenden kleinteiligen traditionellen Praxissystem niederzulassen. Sie bevorzugen vielmehr Angestelltenverhältnisse in größeren Praxiseinheiten oder in Kliniken. Gründe für die Ablehnung der traditionellen Ein-Personen-Praxen sind:

- hohe zeitliche Arbeitsbelastungen
- ein hoher interner Verwaltungsaufwand zur Bewältigung der Bürokratie
- hohe finanzielle Vorleistungen für die Einrichtung bzw. Aktualisierung der Praxis
- fehlende Arbeitszeitmodelle um Familie und Beruf zu vereinbaren
- Mangel an qualifiziertem Praxispersonal.

Es sollte im Einvernehmen mit den Ärzten untersucht werden, ob neue Organisationsformen Lösungsansätze bieten können.

Das Büro hat daraufhin Kontakt mit den ansässigen Ärzten aufgenommen. Es entwickelte sich ein umfangreicher Diskurs mit mehreren Gesprächen von Ärzten beim Oberbürgermeister. Diese mündeten in einer Einladung der Stadt an alle Ärzte zu einem Austausch am 01.02.2023 in der Steinscheuer, bei dem zahlreiche Allgemeinmediziner, Fachärzte und Psychotherapeuten anwesend waren.

Frau Dostal stellte den aktuellen Stand der Ärzteversorgung in Weinstadt vor und machte Ausblicke in die nahe Zukunft. Sie fasste in ihrem Vortrag die bis dahin gesammelten Vorstellungen der Ärzte zusammen und machte Vorschläge für neue Organisationsformen, insbesondere:

- BAG (Berufsausübungsgemeinschaft)
- Ärztegenossenschaft
- MVZ (Medizinisches Versorgungszentrum)

In folgender Tabelle werden die Vor- und Nachteile zusammengefasst:

	Vorteile / Chancen	Nachteile / Risiken	Fördermöglichkeiten
Überörtliche BAG • Beteiligung Weniger	• Zügige vertragliche Lösung mögl. • Schrittweise Integration (z.B. IT) • Dezentrale Struktur trotz organisatorischer Einheit • Ärzte behalten ihren Arztsitz • Anstellungen in Voll- und Teilzeit • Koop. mit Kh (ÄiW) und Uni mögl. • Facharztübergreifend möglich	• Langsame Umsetzung • Ggf. Ausschluss etlicher Ärzte • Betriebswirtschaftliche Schwächen • Treiberfunktion von Außen notwendig	• Förderung durch Stadt bei Integration Praxen (IT, Personal usw.) möglich • Stadt als Bauträger, Vermieter • Da Bestandspraxen kaum Förderung für Umzug, Ausstattung usw. möglich
Ärztegenossenschaft • Beteiligung Vieler • Einkauf, Personal, Verträge	• Zügige Gründung möglich • Spätere Aufnahme neuer Genossen einfach möglich • Ärzte behalten ihren Arztsitz	• Komplexer Aufbau Leistungen durch additives Personal • Geringe Attraktivität für Nachfolger, da keine einheitliche Orga • Gewinnausschüttung unabhängig von Anteilen (ohne einheitliche IT keine gerechte Verteilung mögl.; Probleme absehbar)	• Stadt als Bauträger, Vermieter • Da Bestandspraxen kaum Förderung für Umzug, Ausstattung usw. möglich
MVZ e.G. • Ärztegenossenschaft (ggf. + Kommune) als Träger des MVZ	• Starke organisatorische Einheit durch vollständige Integration der Praxen, attraktiver Arbeitgeber • Klare Trennung Zuständigkeiten durch Ärtzl. und Kfm. Leiter und • Beteiligung Kommune möglich • Arzt-/ Patientenbezug bleibt erhalten • Arztsitze sind im MVZ (Ablöse)	• Gründung etwas langwieriger • Arztsitze sind im MVZ (aber: Ablöse/Anschubkosten) • Ärzte müssen drei Jahre als Angestellte im MVZ bleiben (abstaffelbar)	• Bei kommunaler Beteiligung als Genosse weitreichende Förderung gegeben. • Förderprojekt kommunale MVZ e.G. durch Gemeindetag

Seitens der Ärzte wurden recht heterogene Haltungen formuliert. Die meisten Ärzte bevorzugen klassische eigenbetriebene Praxen (evtl. ergänzt durch angestellte Ärzte), bei denen der Patient im Vordergrund steht. Es wird zwar anerkannt, dass die eingangs genannten Problemstellungen gegeben sind. Allerdings wird bei neuen Organisationsformen ein zu sehr monetär orientierter Umgang mit den Patienten befürchtet. Es solle keinesfalls eine Abkehr von der sehr persönlichen und individuellen Behandlung der Patienten erfolgen. Dieser Aspekt wiegt bei den Ärzten schwer. Die Ärzte beziehen sich hierbei auf die aktuell in der Presse geführte Debatte bzgl. investorengetriebener MVZ-Ketten. Diese haben jedoch bei den Überlegungen für Weinstadt keine Rolle gespielt und werden auch in Zukunft nicht erwogen. Die angeführten Praxisformen wären entweder durch die niedergelassene Ärzteschaft in Weinstadt betrieben oder durch einen kommunalen Träger.

Die Ärzte sind insgesamt offen, jedoch gibt es aktuell keine Ärzte, die Motor für eine der dargestellten Entwicklungsformen wären. Es wird allerdings Bereitschaft signalisiert, zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu prüfen, wobei die jeweilige individuelle Situation immer Grundlage von Überlegungen sein soll.

Aus der Sicht der Verwaltung war die Untersuchung sehr hilfreich. Zur Öffnung des eigenen Horizonts ist es erforderlich, einen Einblick in die Problemstellungen und möglichen Lösungen zu bekommen. Selbstverständlich sollte die Stadt nur Hand in Hand mit den Ärzten Veränderungen angehen und begleiten. Dabei sollte die Stadt immer wieder darauf hinweisen, dass nur solche Praxisformen angedacht werden, bei denen die Gewinnfokussierung eine untergeordnete Rolle spielt. Die Versorgungssicherheit steht dabei immer im Vordergrund.

Die Verwaltung wird den nun geknüpften Kontakt zu den Ärzten pflegen und nach einer gewissen Zeit erneut zu einem Sachstandsgespräch einladen. Sobald seitens der Ärzte Bestrebungen und Initiativen erkennbar werden steht die Stadt mit dem nun gesammelten Wissen bereit dann anstehende Entwicklungen konstruktiv zu begleiten.

Heute wird Frau Dostal anhand einer Präsentation den Sachverhalt vorstellen.